

Stadtforum Berlin 2020 am 05. November 2004

"Standortbestimmung. Strategien europäischer Metropolen"

A. Ausgangsthesen der Senatorin zu Strategien der Stadtentwicklungspolitik in Berlin

1. Berlin wird sich im globalen Wettbewerb besser behaupten, wenn über die in allen Metropolen in ähnlicher Weise verfolgten Strategien, etwa in den Bereichen Kultur, Wissenschaft, Mobilität, Clusterbildung etc. hinaus das Besondere der Stadt herausgearbeitet und "vermarktet" wird.
2. Berlin ist eine Stadt der Veränderung und der Brüche. Die historisch-politischen Zeugnisse der verschiedenen Epochen, vor allem aber die Zeugnisse der jüngeren ökonomischen und gesellschaftspolitischen Umbrüche, ziehen nicht nur Touristen an, sondern haben Berlin zu einer der spannendsten europäischen Metropolen gemacht. Hier hat sich eine Szene der Kreativität, der politischen Diskussion und der Medienbranche entwickelt, die wesentlich von den – auch stadtstrukturellen – Brüchen und der Veränderungsdynamik Berlins lebt. Gerade das damit verbundene "Unfertige" Berlins macht das Besondere und die internationale Anziehungskraft der Stadt aus. Gleichzeitig wird gerade dies in der Innenwahrnehmung mitunter als störend empfunden. Hier besteht häufig die Sehnsucht nach einer ökonomisch stabilen, "fertigen" Stadt.
3. Berlin verfügt als Folge der Umbrüche über entwicklungsfähige innerstädtische Räume und Orte, die sehr unterschiedliche Nutzungsansprüche bedienen können. Sie haben einen beträchtlichen Umfang, eine einzigartige Variationsvielfalt und befinden sich zum Teil in sehr prominenten Lagen. Diese Flächen stellen zwar derzeit keine Vermögenswerte im Sinne einer kurzfristigen Verwertungsmöglichkeit dar und werfen oft Probleme auf, weil von ihnen eine Trennwirkung im Stadtraum ausgeht. Sie eröffnen aber andererseits den "Raumpionieren" Spiel-Räume für ihre Experimente. Sie ermöglichen es, für alle nur denkbaren Nachfragen eine "räumliche "Antwort" bereit zu haben. Diese Räume sind Chancen für die Zukunft. Es gilt, darüber zu diskutieren, wie sie mit Zwischennutzungen in Wert gesetzt werden können, die entweder temporäre Platzhalter für eine spätere dauerhafte Nutzung bleiben oder eine Eigendynamik entwickeln und sich langfristig "festsetzen".
4. Berlin muss neue Investitionen möglich machen. Nach der Planung und Realisierung zahlreicher wichtiger Großprojekte, die zum Teil noch nicht abgeschlossen sind (Großflughafen, Museumsinsel, östlicher Spreerraum etc.), ist ein Umdenkungsprozess notwendig. Das Investitionstempo hat nachgelassen und wird nicht mehr das Niveau der Nachwendezeit erreichen. In Zukunft wird es darum gehen, sich auf bescheidenere, sorgfältig auf Realisierungs- und Erfolgchancen geprüfte, qualitativ hochwertige Projekte zu konzentrieren. Es

gilt, den Reichtum Berlins an Flächen und Orten für kleinteilige – im Hinblick auf die Nachfrage maßgeschneiderte – Lösungen zu nutzen. Dieser Paradigmenwechsel erfordert Geduld, die gelernt werden muss.

5. Berlin wird auch in Zukunft aus der Mitte heraus zusammengehalten. Das Innere der Stadt wird mit den Zielen Dichte, Mischung und Vielfalt weiter entwickelt; es ist als attraktiver Wohnstandort auch für Familien zu profilieren. Eine langfristige strategische Aufgabe ist es dabei, einen Kultur- und Imagewechsel zu bewerkstelligen: Das Image der Stadtmitte als ungesunder und kinderfeindlicher Wohnstandort sowie als Adresse für Menschen mit geringem sozialen Status muss und kann überwunden werden. Wohneigentum kann langfristig auch für Berliner eine Alternative zur Mietwohnung werden. Gleichzeitig sind die "Großstädte im Grünen" durch Maßnahmen des Stadtumbaus, also auch durch Abriss, weiter aufzuwerten und in ihrer Attraktivität zu stärken. Auf Wachstum im Außenbereich ist zu verzichten; Mittel für zusätzliche Infrastrukturen (und Folgekosten) werden dort nicht eingesetzt.
6. Berlin braucht in dem Prozess der stetigen Veränderung, der steigenden Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen auch Stabilisatoren. Noch immer lebt Berlin von Dezentralität und Eigenständigkeit der Quartiere. Wohnung, Wohnumfeld, Quartiere sind als Orte der Verlässlichkeit, der Überschaubarkeit, der Vertrautheit und der Identifikation zu bewahren. Handlungsbedarf entsteht dort, wo Nachbarschaften und sozialer Frieden in Gefahr sind. Ausbildung, Bildung, Beschäftigung aber auch Wohnumfeld sind entscheidende Stellschrauben, um Familien in der Stadt zu halten. Null-Toleranz gilt gegenüber Gruppen, die freiheitliche Rechte in Frage stellen oder die Chancengleichheit der Geschlechter behindern. Die Aufgabe, eine soziale Spaltung der Stadt zu verhindern, die Lebensbedingungen nicht auseinander driften zu lassen, erfordert aber auch einen Wertausgleich zwischen Gebieten unterschiedlicher sozialer Stabilität und Ausstattung, d.h. eine Verteilungsgerechtigkeit: Ziel muss es sein, gleiche Chancen in der gesamten Stadt zu realisieren. Aufgaben der Quartierspolitik sind auch, bürgerschaftliches Engagement und Netzwerke zu stärken, z.B. über Quartiersfonds, Verantwortlichkeit und Entscheidungsspielräume zuzulassen, praktische Formen der Bürgerentscheidung zu finden und zu etablieren und – natürlich – gleichzeitig staatliche Macht abzugeben.
7. Es liegt in der Verantwortung des Staates, die Bewahrung des Gemeinwohls und die Daseinsvorsorge zu seiner Sache zu machen. Deregulierung und Privatisierung von öffentlichen Aufgaben können Effizienzsteigerung, Flexibilität, Innovation, Investition und Kundenfreundlichkeit gewährleisten. Aber: Der Staat muss Spielregeln aufstellen und für deren Einhaltung sorgen, damit kein Verdrängungswettbewerb auf dem Rücken der Kunden oder Beschäftigten stattfindet, ein "echter" Wettbewerb erhalten wird und Individualinteressen weiterhin dem gesellschaftlichen Interesse unterstellt bleiben.

B. Einige Schlussfolgerungen:

Politische Aufträge und weiterführende Themen

I. Netzwerke

1. Europäische Metropolregionen sind von einer großräumigen Vernetzung ebenso geprägt wie von einer Sonderrolle im Verhältnis zum Umland.
2. Berlins muss sich im interregionalen, transregionalen und EU-weiten Städtenetz erst noch positionieren, d.h. über die Definition der eigenen Identität, der eigenen Besonderheiten, Partner sowie Aufgaben/ Funktionen finden. Berlin verfügt nicht wie etwa Rotterdam über ein "natürliches" Netzwerk. Die Stadt ist immer noch vor allem eine Insel.
3. Die besondere geographische und historische Situation Berlins ruft hier Diskussionsbedarf hervor: Die Stadt muss selbst aktiv werden und darf nicht auf die Aktivitäten anderer (z.B. der EU) warten. Berlin muss seine Außenbeziehungen klären: "In welche Liga will man"? In welchem Netz sieht man sich? Die deutsche Metropole, die viertgrößte Stadt des Kontinents, die Hauptstadt des zweitgrößten europäischen Staates formen die Rolle Berlins in möglichen deutschen und europäischen Netzwerken vor.
 - Berlin muss seine Funktion in Netzwerken noch finden, die Netzwerke selbst sind noch zu finden. Berlin muss definieren, welche Botschaften ausgesendet werden. Was ist das funktionelle Leitbild für welches Netzwerk?
 - Die vielzitierte Schlüsselrolle Berlins in Bezug zu osteuropäischen Staaten wird in diesem Zusammenhang immer wieder betont und gefordert. Projektbezogen existieren hervorragende Beziehungen zu Warschau oder Prag. Tatsächlich ist Berlin noch nicht so weit, eine Scharnierfunktion zu erfüllen. Der Auftrag ist verstanden, die Aufgabe jedoch noch lange nicht definiert. Auch gilt es, die Funktion in Richtung Osteuropa zu finden, ohne zu verlieren, was Berlin mit Rotterdam, Paris und London verbindet.
 - Wer sind die Partner?
 - Ein norddeutsches – mitteldeutsches Städtenetz ("von Dresden bis Hamburg")?
 - Eine Schnittstelle von Mittel- nach Osteuropa ("von Berlin über Stettin nach Danzig und in die baltischen Staaten, nach Posen, über Warschau bis nach Minsk und Kiew, nach Breslau und Krakau, über Dresden bis Prag und Bratislava")?
 - Ein europäisches Netzwerk der großen Metropolen (London, Paris, Berlin, Moskau)?
 - Eine Liaison mit den kleineren, mal dynamischen und avantgardistischen, mal einfach nur interessanten und lebenswerten Städten (wie Rotterdam, Barcelona, Helsinki ...)?
 - Berlin muss einen strategischen Umgang mit dem Umland, mit der Region finden. Die Kernstadt Berlin ist zwar bevölkerungsreicher als Paris, besitzt aber einwohnerbezogen kein bedeutendes Umland, d.h. ist faktisch – als Metropolraum – sehr viel kleiner. Wo

von ist Berlin Zentrum? Braucht eine Stadt ein Umland? Resultiert aus der Situation Berlins ein fundamentaler Nachteil in der Konkurrenzfähigkeit auf europäischer Ebene? Wie muss die Beziehung Berlins zu seinem Umland vor dem Hintergrund der Netzwerkrollen Berlins gestaltet werden? Diskussionsbedarf besteht hier nicht nur im politischen Raum, sondern auch in und mit der Bevölkerung.

- Was ist aktiv zu tun, um Netzwerke zu knüpfen? Vernetzung entsteht besonders durch gemeinsame Projekte.

Berlin wird also einen sehr spezifischen Weg gehen, der sich in europäische Strukturen einfügt, ebenso in die besondere Lage und Geschichte und der dabei speziell die Mittler-Rolle zwischen West- und Osteuropa betont.

4. Berlin muss die vorhandenen Vernetzungen stärker nutzen: Es existiert bereits eine Vielzahl von Netzwerken (z.B. auf EU-Ebene). Diese sollten genutzt werden (Vorsicht bei der Bildung weiterer überlagernder Netzwerke!). Handlungsbedarf besteht in der Entwicklung von Strukturen, um Politikentwicklung zu begleiten und systematisch Fragen zu erörtern bzw. Erfahrungen zu transportieren und abzufordern.
 - Um ein solches kommunikatives Netzwerk zu stabilisieren, sollte über die Einrichtung von "Botschaftern Berlins" nachgedacht werden – "Botschafter" nicht nur bei der EU in Brüssel (Beispiel London), sondern auch "Botschafter" für die großen Städte Europas. Das könnten ehrenamtliche Botschafter sein, die aber – möglicherweise auf Basis eines Bewerbungsprozesses – formell "ernannt" werden sollten.
 - Repräsentanten wichtiger Partner in Netzwerken (allen voran Warschau) könnten eingeladen werden, ihrerseits in Berlin präsent zu sein. Das Stadtforum könnte dazu einen "Einstieg" bieten.
 - Auf die stadtentwicklungspolitische Bündelung der Netzwerke sollte geachtet werden.
5. Dafür bedarf es einer geeigneten und routinierten Kommunikation zwischen den Ressorts und mit dem Regierenden Bürgermeister. Die breite Vernetzung der Berliner Zivilgesellschaft ist einzubeziehen,
 - um die Handlungsmöglichkeiten zu verbreitern und
 - damit die Stadtbürger eine kulturelle und historische Identität in Netzwerken finden. Das schließt die Dimensionen wie Kultur und Geschichte bzw. Tradition mit der Kategorie Netzwerk ein.

II. Lernen von Partnern im Netzwerk

1. Eine Schlüsselbotschaft aus anderen Großstädten lautet: Rezentralisierung – Stärkung der alten Zentren, aber auch Bau neuer Subzentren an Knotenpunkten des öffentlichen Verkehrs.
2. Was bedeutet das konkret – in funktionaler und gestalterischer Hinsicht? Gestärkt werden sollen die realen und potenziell "starken" Orte. Das impliziert zugleich: Rückzug aus der

Politik, "schwache" Orte auf die Höhe der starken Orte zu führen. Was bedeutet das für die "schwachen" Orte? Es muss deutlich gemacht werden, inwiefern alle von der Förderung der "starken" Orte profitieren, und dass die "schwachen" Orte nicht sich selbst überlassen bleiben.

3. Stadtentwicklungspolitik müsste die Ebene der Stadtregion zum Thema machen, nicht nur die Ebene der Kernstadt. Hier spitzt sich die Frage zu: Was bedeutet Rezentralisierung für die gesamte Stadtregion, die die eigentliche räumliche Ebene der globalisierten Wirtschaft ist?
4. Stadtentwicklungspolitik orientiert sich – gerade durch die Konzentration auf die "starken" Orte – mehr und mehr an den Interessen der urbanen Mittelschichten: Gentrification wird – unter der Losung: Stopp der Stadtflucht – nicht mehr als Problem gesehen, sondern als positives Ziel (nicht nur in Rotterdam). Für diese Orientierung gibt es sicher gute Gründe. Aber was bedeutet das für die Verlierer des Strukturwandels, für die quantitativ wohl zunehmenden Stadtarmen? Geraten diese ganz aus dem Blickfeld?
5. Die Stadt entwickelt sich sehr differenziert, insbesondere auch ökonomisch. Einige Branchen und Bereiche prosperieren und wachsen stark, andere liegen danieder und gehen unter. Wie gehen wir mit solchen differenzierten Prozessen um und wie kann man dies "managen"? Haben wir die Instrumente? Auch hier ist zu diskutieren: Ausgleichziel versus Wachstumsziel.
6. Auch Berlin muss lernen, damit umzugehen, dass einmal beschlossene Großprojekte den veränderten Bedingungen bisweilen nicht mehr entsprechen oder eine längere Zeit benötigen. Wir brauchen eine Kultur der Flexibilität einschließlich entsprechender planerischer Instrumente, die einen Rückbau bzw. eine Anpassung von Projekten und Zwischennutzungen ermöglichen.
7. Die demographischen Veränderungen sind eine zentrale Herausforderung für die Stadtentwicklungspolitik. Wir wissen inzwischen viel über die statistische Dimension dieser Veränderungen, aber nur sehr wenig, wie sich diese konkret räumlich in den Teilgebieten der Stadtregion auswirken werden. Zum Beispiel: Wohin werden sich in Zukunft aktive oder passive alte Menschen aus welchen Gründen räumlich orientieren? Muss sich Stadtentwicklungspolitik um spezielle Wohnangebote für Senioren kümmern? Wie gehen wir mit der Vorstellung um, dass Entwicklung und Wachstum gleichzusetzen sind mit "jungen Metropolen, junger Bevölkerung, Modernität"? Wie können wir zukünftig in der Konkurrenz um die Jugend nicht nur für gut ausgebildete Jugendliche in Berlin, sondern auch für die anderen, die geringere Chancen haben, Lebensperspektiven entwickeln? Welchen Beitrag können lokale Ökonomien dazu leisten? Dies näher zu klären, ist eine Aufgabe der Stadtentwicklungspolitik. Notwendig in diesem Zusammenhang ist eine ehrlichere, offenere und deutlichere Kommunikation über das Thema.
8. Stadtentwicklungsstrategien lassen sich nicht abkoppeln von der Wirtschafts-, Kultur-, Sozial- oder Bildungspolitik. Wirksame Strategien der Stadtpolitik müssen ressort- und parteiübergreifend entwickelt und getragen werden. Eine Erfahrung aus Wien ist: *Realistische* Ziele und strategische Projekte versprechen hier am ehesten die Möglichkeit, Einigkeit zu

erzielen. Die Projekte und Ziele müssen nicht zwingend neu sein; durch die Erhebung zum *gemeinsamen* Projekt/ Ziel erfahren sie eine Aufwertung und ein Bewusstwerden, können leichter gebündelt und vernetzt, das heißt auch effektiver und offensiver umgesetzt werden. Berlin steht erst am Anfang einer solchen Diskussion, eine politische Debatte ist notwendig. Anstelle der Konkurrenz um Themen und Aufgaben muss eine Partnerschaft treten.